

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Heike Hänsel, Dr. Gregor Gysi, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/22118 –

Bundeswehr unverzüglich aus Mali abziehen

A. Problem

Nach Auffassung der antragstellenden Fraktion soll der Bundestag von seinem Rückholrecht nach § 8 des Parlamentsbeteiligungsgesetzes Gebrauch machen und die Zustimmung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Militärmission der Europäischen Union als Beitrag zur Ausbildung der malischen Streitkräfte (EUTM Mali, Drucksache 19/19002) sowie die Zustimmung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA, Drucksache 19/19004) widerrufen.

Nach dem erzwungenen Rücktritt der Regierung Ibrahim Boubacar Keitas infolge des Militärputsches in Mali am 18.8.2020 seien die Grundlagen für die militärische Zusammenarbeit zwischen der EU und Mali nicht länger gegeben, und die Rahmenbedingungen für MINUSMA entsprächen nicht länger denen, die der Entscheidung des Bundestages vom 29.5.2020 zugrunde lagen. Die internationale Militärpräsenz in Mali habe darüber hinaus nicht dazu beigetragen, den Menschen Stabilität, Demokratie und Entwicklung zu bringen und Gewaltkonflikte einzudämmen, sondern zu einer weiteren Militarisierung der Region geführt.

Der Bundestag möge deshalb die Bundesregierung dazu auffordern, umgehend die operative Beteiligung an EUTM Mali und MINUSMA zu beenden und sich in der EU und gegenüber dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für eine Beendigung der beiden Missionen einsetzen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/22118 abzulehnen.

Berlin, den 16. September 2020

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Markus Koob
Berichterstatter

Christoph Matschie
Berichterstatter

Dr. Lothar Maier
Berichterstatter

Ulrich Lechte
Berichterstatter

Heike Hänsel
Berichterstatterin

Frithjof Schmidt
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Markus Koob, Christoph Matschie, Dr. Lothar Maier, Ulrich Lechte, Heike Hänsel und Frithjof Schmidt

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/22118** in seiner 172. Sitzung am 9. September 2020 beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss und zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Auffassung der antragstellenden Fraktion soll der Bundestag von seinem Rückholrecht nach § 8 des Parlamentsbeteiligungsgesetzes Gebrauch machen und die Zustimmung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Militärmission der Europäischen Union als Beitrag zur Ausbildung der malischen Streitkräfte (EUTM Mali, Drucksache 19/19002) sowie die Zustimmung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA, Drucksache 19/19004) widerrufen.

Nach dem erzwungenen Rücktritt der Regierung Ibrahim Boubacar Keitas infolge des Militärputsches in Mali am 18.8.2020 seien die Grundlagen für die militärische Zusammenarbeit zwischen der EU und Mali nicht länger gegeben, und die Rahmenbedingungen für MINUSMA entsprächen nicht länger denen, die der Entscheidung des Bundestages vom 29.5.2020 zugrunde lagen. Die internationale Militärpräsenz in Mali habe darüber hinaus nicht dazu beigetragen, den Menschen Stabilität, Demokratie und Entwicklung zu bringen und Gewaltkonflikte einzudämmen, sondern zu einer weiteren Militarisierung der Region geführt.

Der Bundestag möge deshalb die Bundesregierung dazu auffordern, umgehend die operative Beteiligung an EUTM Mali und MINUSMA zu beenden und sich in der EU und gegenüber dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für eine Beendigung der beiden Missionen einsetzen.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/22118 in seiner 64. Sitzung am 16. September 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat über die Vorlage auf Drucksache 19/22118 in seiner 64. Sitzung am 16. September 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Berlin, den 16. September 2020

Markus Koob
Berichtersteller

Christoph Matschie
Berichtersteller

Dr. Lothar Maier
Berichtersteller

Ulrich Lechte
Berichtersteller

Heike Hänsel
Berichterstellerin

Frithjof Schmidt
Berichtersteller